

# Bringt der Krieg den Wind of Change?

Kandidatencheck (5): Auch durch den Angriffskrieg Putins steigen hierzulande die Preise für Energie aller Art. Und wir merken, wie abhängig wir in dieser Beziehung sind. Windräder könnten Teil der Lösung dieses Problems sein, oder?



Zeit, dass sich was dreht? Ein paar neue Windkraftanlagen sind geplant. Aber müssten es nicht noch mehr sein?

Foto: David Schellenberg

Svenja Ludwig

CDU

SPD

Grüne

FDP

AfD

■ **Kreis Höxter.** Butter bei die Fische und frischer Wind im Kreis? In Fragerunde fünf will die NW von den Landtagskandidatinnen und -kandidaten wissen, wer sich für den Ausbau von Windenergie einsetzt oder wer ihn ablehnt. Und natürlich: warum. Denn nicht nur vor dem Hintergrund der Klimakrise werden die Forderungen nach mehr Windrädern und weiteren Erneuerbaren Energien lauter. Der Krieg führt uns zudem unsere Abhängigkeit vor Augen.



Matthias Goeken. Foto: CDU



Nora Wieners. Foto: Isabella Thiel



Uta Lücking. Foto: J. Knyasewa



Friedrich-Wilhelm Hörr. F: FDP



Klaus Lange. Foto: J. Knyasewa

## Frage 5:

Thema Windenergie: Welche Rolle spielt diese bei der Energieversorgung der Zukunft – auch mit Blick auf die 1.000-Meter-Abstandsregel, die die SPD wieder kippen möchte, und mit Blick auf die Abhängigkeit von russischen Rohstoffen.

Die Windenergie wird in Zukunft eine große Rolle bei der Energieversorgung spielen. Die Windkraftblätter werden immer effektiver und können somit mehr Strom in das Netz einspeisen. Ein Ausbau dieser Energiequelle darf jedoch nur mit Maß und Mitte durchgeführt werden und auch nur unter Einbezug der Bürgerinnen und Bürger. Außerdem muss die Planungshoheit bei den Kommunen bleiben. Mir ist dabei besonders wichtig, dass Windkraftblätter nicht näher als 1.000 Meter an die Wohnbebauung herangebaut werden. Zudem wird Windkraft allein nicht ausreichen, um unabhängig von russischen Rohstoffen zu werden.

Die derzeitige Lage verdeutlicht, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien zwingend notwendig ist, hierbei spielt die Windkraft eine wichtige Rolle. Wir arbeiten für einen verstärkten und gleichwohl flächenmäßig ausgewogenen Ausbau der Windenergie im Interesse einer nachhaltigen Modernisierung unseres Landes NRW. Trotz des Wegfalls der 1.000-Meter-Abstandsregel werden keine Windkraftanlagen in den Vorgärten stehen, da das Immissionsschutzgesetz greift, welches unter anderem die Lärmschutzbelästigung regelt. Gleichzeitig müssen die Menschen vor Ort von der gewonnenen regenerativen Energie in Form von Bürgerbeteiligung partizipieren, denn das schafft einen echten Mehrwert für die Bevölkerung und fördert Akzeptanz.

Die erneuerbaren Energien sind eine hervorragende Chance für die Wirtschaftskraft im Kreis Höxter. Aufgrund ihrer Leistungsfähigkeit hat dabei die Windkraft eine besonders große Bedeutung. Die Bundesregierung arbeitet an besseren Rahmenbedingungen und auch die Landespolitik sowie die Politik vor Ort tragen dafür Verantwortung, im nötigen Tempo und Ausmaß die Versorgung mit erneuerbarer Energie zu erreichen. Die finanzielle Beteiligung der Bevölkerung und die größtmögliche Rücksicht auf die Natur und Landwirtschaft sind dabei für mich selbstverständliche Rahmenbedingungen für die zu treffenden Entscheidungen. Der Krieg in der Ukraine führt uns vor Augen, dass Klimaschutz und der Schutz unserer freiheitlich-demokratischen Werte sowie die Erzeugung eigener Energie zusammengedacht werden müssen.

Deutschland setzt auf erneuerbare Energien durch Beschlüsse der vorherigen und jetzigen Bundesregierung. Ein Baustein ist die Windenergie, die nur in ländlichen Regionen erzeugt werden kann. Um die Menschen nicht unnötig zu belasten, gibt es die 1.000-Meter-Abstandsregel und es sollte einen Ausgleich für die Belastungen geben, um die Akzeptanz vor Ort zu erhöhen. Die Förderung erneuerbarer Energien trägt auch zur Unabhängigkeit vom Russland Putins bei. Inwieweit die Erneuerbaren bei möglichem Wegfall des russischen Gases ausreichen und wie das kompensiert wird, klärt die Bundesregierung.

Tausend Meter Abstand zu den gigantischen Anlagen sind zu wenig. Die Bevölkerung und die Natur im ländlichen Raum müssen durch Tabuflächen und größere Abstände besser geschützt werden. Wir wollen mehr Offshore-Windkraft statt Verwüstung des ländlichen Raumes durch Windkraftanlagen. Mit Windkraft kann man keine Wohnungen heizen und keinen einzigen Lastwagen auftanken. Gas und Öl sind derzeit Grundvoraussetzung für unsere erfolgreiche Wirtschaft. Die Sanktionspolitik trifft unsere Bürger stärker als Russland.